



Bayerisches Staatsministerium der Justiz • 80097 München

Frau  
Dr. Elizabeth M. Hardon  
An der Hauptfeuerwache 4  
80331 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
su15109ml - 0.4.2 vom 7.12.2015

Bitte bei Antwort angeben  
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
D5 - 3620 E - I - 13807/2015

Datum  
4. Januar 2016

### **Demonstration der Internationalen Gewerkschaft im Europäischen Patentamt (IGEPA) am 10. Dezember 2015 vor dem Justizpalast**

Sehr geehrte Frau Dr. Hardon,

vielen Dank für Ihr oben genanntes Schreiben, mit dem sie die Hintergründe der Demonstration der IGEPA am 10. Dezember 2015 vor dem Münchener Justizpalast näher erläutern.

Ich kann sehr gut nachempfinden, wie sehr Sie und Ihre Kollegen die geschilderte Situation am Europäischen Patentamt belastet. Allerdings muss ich Sie um Verständnis dafür bitten, dass ich mich zu diesen Vorgängen schon deshalb nicht äußern kann, weil das Bayerische Staatsministerium der Justiz und der Freistaat Bayern insoweit keinerlei Zuständigkeiten besitzen. Wie Sie wissen, ist die Europäische Patentorganisation (EPO) eine Internationale Organisation mit einem eigenen völkerrechtlichen Rechtsrahmen. Deutschland ist nur einer von 38 Vertragsstaaten und wird in den Gremien der EPO allein durch den Bund vertreten.

Die Bundesregierung hat am 8. Oktober 2015 in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage einer Bundestagsabgeordneten (BT-Drs. 18/6301 (neu), S. 23 f.) mitgeteilt, ihr sei eine gute Arbeitsatmosphäre im Europäischen Patentamt ein sehr wichtiges Anliegen. Um die Situation, insbesondere das Gesprächsklima dort zu

**Hausanschrift**  
Prielmayerstr. 7  
Justizpalast  
80335 München

**Haltestelle**  
Karlsplatz (Stachus)  
S-Bahn, U-Bahn  
Trambahn

**Telefon**  
(089) 5597-01  
(Vermittlung)

**Telefax**  
5597-2322

**E-Mail:**  
poststelle@stmj.bayern.de  
**Internet:**  
<http://www.justiz.bayern.de>

verbessern, habe das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) im Verwaltungsrat der EPO eine Neubelebung des sozialen Dialogs angestoßen. Das BMJV bemühe sich aktiv um eine Verbesserung der Situation.

Im Rahmen eines Gesprächs mit dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Herrn Heiko Maas, am 18. Dezember 2015 habe ich die Thematik ausdrücklich angesprochen. Der Bundesjustizminister hat versichert, dass er sich auch mit der von Ihnen geschilderten aktuellen Problematik befassen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL